

Beschluss des SPD-Präsidiums vom 26.01.2026

Demokratie braucht eine ausgewogene Kommunikation auch durch unabhängige Medien und Qualitätsjournalismus

Als einzige Partei hat die SPD bereits vor über 50 Jahren eine Medienkommission eingerichtet. Für die Sozialdemokratie sind freie und unabhängige Medien eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende, lebendige Demokratie. Unabhängige Medien sind als Fundament für die freie Meinungsbildung und die demokratische Teilhabe unverzichtbar.

Demokratie und Medien gleichermaßen unter Druck

Wir stellen fest, dass die politische Meinungs- und Willensbildung längst nicht mehr nur durch die klassischen Medien, sondern auch durch soziale Netzwerke und Systeme der Künstlichen Intelligenz (KI) geprägt wird. Zugleich haben die klassischen Medien vielerorts an Vertrauen sowie enorm an Reichweite verloren, ebenso wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Wir stellen auch fest, dass die marktbeherrschenden digitalen Akteure durch die Monopolisierung der Beziehungen zu den Endkunden Rahmenbedingungen setzen, die den direkten Zugang unabhängiger Medien zu ihrem Publikum erschweren.

Die technische Logik, ebenso wie die zunehmend auch politisch ausgerichtete Funktionsweise digitaler Plattformen und digitaler Intermediäre, beeinflusst massiv das politische Klima und damit auch den öffentlichen Debattenraum. Sie befürworten populistische und anti-demokratische Strömungen und Netzwerke bei der Verbreitung von Hass und Hetze und auch Miss- und Desinformationen. Verlässliche Informationen, die nach den journalistischen Sorgfaltspflichten erstellt wurden, sind für die Bürgerinnen und Bürger oft immer schwerer von Falschmeldungen zu unterscheiden.

Die Sichtbarkeit und Nutzung publizistischer Angebote, die unter journalistischen Sorgfaltspflichten zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen, nehmen ab. Insbesondere bedingt durch die marktmächtigen Plattformen, die eine zunehmend unübersichtliche Menge an Informationen und Kommunikation nach technischen Logiken auswählen, aufbereiten und gewichten, die für Bürger*innen nicht nachvollziehbar oder gar überprüfbar sind. Dieser Prozess wird aktuell durch die auf generativer Künstlicher Intelligenz (KI) basierenden Informationsaufbereitung enorm verstärkt und beschleunigt. Dadurch gerät der demokratische Diskurs, der von ausgewogener Kommunikation und der Grundversorgung der Menschen mit Information, Kultur, Bildung angereichert wird, noch mehr unter Druck, da nicht mehr

nur die Verbreitung, sondern auch die Erstellung von Inhalten durch die Technologie der Plattformen erfolgt.

KI und Plattformökonomie greifen damit massiv in die Freiheit und die Unabhängigkeit der Medien ein, auch indem sie Mediennutzungsverhalten nachhaltig verändern und den Vertrauensverlust in die Medien verstärken. Aktuell beobachten wir mit Sorge, dass sich die Medienvielfalt auch aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage reduziert. Die Konzentrationsbewegung im Segment der privaten Medien (Zeitungsmarkt sowie privater Rundfunk und Fernsehen) ist erheblich. Und die seit Jahren nicht nur in Deutschland zu beobachtende Diffamierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hat Spuren hinterlassen.

Die wirtschaftliche Grundlage demokratischer Medien sichern

Die Frage der Finanzierung öffentlicher und privater Medien ist in Bezug auf Freiheit, Vielfalt und Unabhängigkeit neu zu bewerten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Glaubwürdigkeit von Medienangeboten gerade von populistischen Kräften und den Rechtsaußen-Parteien in Frage gestellt wird. Diese Kräfte sind heute mehr denn je in der Lage, politisch rechts außen verortete nationale oder internationale Kapitalgeber für ein Investment in privaten Sendergruppen bundesweit oder auch auf regionaler Ebene zu gewinnen - teils mit ideologischen Motiven.

Die wirtschaftliche Lage der privaten Medienhäuser ist ebenfalls schwierig geworden, sowohl bei den großen privaten Sendergruppen als auch bei Radioveranstaltern und vor allem den Zeitungsverlagen. Die digitale Transformation lässt Werbeeinnahmen einbrechen, weil Plattformen wie Google im digitalen Werbemarkt faktisch ein Monopol aufgebaut haben. Diese Tendenz zur Plattformdominanz und die immer schnellere Entwicklung von AI-Overviews befeuern gerade bei den digitalen Medienangeboten der Verlage dramatische Reichweitenrückgänge. Diese Entwicklungen haben nicht nur das Potenzial, die Vielfalt der Medienlandschaft zu erschüttern, sondern sie bergen auch erhebliche Gefahren für den demokratischen Diskurs.

Im Verlagswesen hat eine beispiellose Fusionswelle schon heute die regionale Medienvielfalt eingeschränkt. Vor allem im ländlichen Raum wird die Zustellung von Printerzeugnissen immer häufiger unwirtschaftlich. Dies hat zur Folge, dass massiv Zustellbezirke und damit Zeitungszustellungen wegbrechen, Lokalredaktionen zentralisiert und regionale Tageszeitungen zu regelrechten „Hochpreiserzeugnissen“ werden. Diese Situation wird in manchen Regionen noch politisch verschärft, indem private Mäzene populistische Medienangebote, insbesondere im Online-Bereich subventionieren und diese dann unabhängige redaktionelle Inhalte verdrängen. Ähnliches gilt auch im Bereich kostenloser Verteilzeitungen.

Maßnahmen zur Unterstützung von unabhängigen Medienhäusern in dieser schwierigen Gesamtlage, wie beispielsweise eine Zustellförderung oder Unterstützung der digitalen Transformationsprozesse, sind bislang dreimal gescheitert. Eine

Medienförderung und reduzierte Mehrwertsteuer für Presseerzeugnisse, wird in anderen europäischen Nachbarländern längst angeboten. Wir sprechen uns daher nachdrücklich für eine Unterstützung der Medienhäuser aus. Dies kann beispielsweise durch eine Förderung (z.B. Absenkung Mehrwertsteuer) passieren, die durch eine Digitalsteuer gegenfinanziert wird.

Alternative journalistische Angebote wie gemeinnütziger Journalismus sind bisher wegen steuerrechtlicher Hürden nicht weit verbreitet. Eine einfache und klare Lösung in der Steuergesetzgebung statt über die allgemeinen Ausführungsbestimmungen würde positive Anreize setzen. Hierzu hatten wir im Koalitionsvertrag mehrfach Bekenntnisse abgegeben.

Plattformen in die Verantwortung nehmen

Mit dem DSA und dem DMA wurden auch auf europäischer Ebene wichtige Grundlagen für die Kommunikationsordnung und Medienordnung festgelegt. Wir sind überzeugt, dass dieser rechtliche Rahmen einer Durchsetzung in Europa bedarf. Dabei geht es um die Sicherung und teilweise auch um die Wiederherstellung eines freien Netzes durch demokratische Regeln. Zudem muss die Durchlässigkeit (Interoperabilität) von Inhalten zwischen den Plattformen durch offene Standards umgesetzt werden, um die „Lock-in“-Effekte aufzubrechen. Wir unterstützen zudem den Aufbau alternativer, gemeinwohlorientierter sozialer Medien und Initiativen wie Save Social.

Die großen Plattformen müssen künftig in der Verantwortung für die Verbreitung von Inhalten stehen, auch wenn sie diese nicht selbst generiert haben. Medienintermediäre müssen transparent über zentrale Kriterien der Aggregation, Selektion und Präsentation von Inhalten und ihre Gewichtung informieren und dürfen nicht – oder zumindest nicht ohne klare Kennzeichnung – diskriminieren. Diese Transparenzregeln müssen auch für KI-Tools gelten. Auch hier müssen die üblichen Sorgfaltspflichten gelten, da es aus Nutzer*innensicht keinen Unterschied macht, ob hinter einem Informationsangebot eine Redaktion oder eine KI stehen. Die Informationen müssen nachvollziehbar stimmen.

Es geht auch darum, Anreize für einen europäischen Kommunikations- und Medienraum zu setzen. Dazu gehören verbindliche medienrechtliche und medienwirtschaftliche Strukturen, die Medienvielfalt fördern sowie Meinungs- und Informationsfreiheit – auch und insbesondere im digitalen Raum – sichern. Auch müssen wir in Deutschland die Regeln für die Nutzung von KI und für die Plattformen weiterentwickeln. Dazu ist eine abgestimmte Medienpolitik auf Länder-, Bundes- und Europaebene notwendig. Der rechtliche Rahmen muss kohärent gestaltet werden.

Die bisherige „Verantwortungslosigkeit“ kann nur auf europäischer Ebene abgeschafft werden. Die Überarbeitung der audiovisuelle Mediendienste-Richtlinie eröffnet uns dazu einen Raum. Zugleich müssen die Voraussetzungen verbessert werden, gegen Verstöße im Bereich von Urheber- oder Leistungsschutzrechten wirkungsvoller und zeitnah vorgehen zu können.

Für Kinder und Jugendliche soll der digitale Raum auch digitale Teilhabe eröffnen, deshalb wollen wir die Risiken eindämmen. Die Verantwortung der Plattformen sollte auf die Nicht-Verbreitung von jugendgefährdenden Inhalten ausgeweitet werden.

Zur Sicherung eines freien und offenen Prozesses demokratischer Meinungs- und Willensbildung gilt es, insbesondere in digitalen Kommunikationsräumen kommunikative Chancengleichheit zu schützen. Neben auffindbaren verlässlichen Inhalten braucht es deshalb zusätzlich einen besseren Schutz vor Manipulation sowie effektive Maßnahmen gegen rechtswidrige Inhalte und eine Stärkung der staatsfernen Aufsicht.

Für einen unabhängigen Journalismus

Ebenso kommt es nun darauf an, eine Erosion der bestehenden Institution der unabhängigen Regionalmedien endlich wirksam zu verhindern. Dabei muss auch eine öffentliche Förderung qualifizierter journalistischer Arbeitsplätze im Bereich der Regional- und Lokalmedien ernsthaft in Betracht gezogen werden. Beispielsweise durch einen an Qualitätskriterien orientierten „technologienutralen“ Fördermechanismus analog zum „Luxemburger Modell“.

Außerdem müssen bestehende kartellrechtliche Vorschriften dort angepasst, bzw. weiterentwickelt werden, wo sie – im Lichte der hier beschriebenen heutigen Rahmenbedingungen – eine im öffentlichen Interesse liegende sinnvolle Zusammenarbeit der privaten Medienhäuser zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Basis behindern.

Es geht darum, dass journalistische Sorgfaltspflichten auch bei journalistisch-redaktionellen Angeboten im Netz eingehalten werden müssen. Solche Inhalte, die auch als Public Value Inhalte bezeichnet werden können, müssen auf den Benutzeroberflächen leichter auffindbar werden. Diese Privilegierung muss nach demokratischen Kriterien definiert werden.

Mit Blick auf KI ist eine Anpassung der urheberrechtlichen Rahmenbedingungen notwendig, bei der der Urheber den Zugriff der KI auf Inhalte grundsätzlich erlaubt und sich bei der Verwendung der Inhalte eine angemessene Vergütung vorbehält. Daher sind Verfahren zu entwickeln, die es Urhebern erleichtern, ihre Rechte bei einer unrechtmäßigen Verwendung ihrer Inhalte durch KI besser durchsetzen zu können.

Reformen des Öffentlich-rechtlichen-Rundfunks konsequent umsetzen

Die Reformen im ÖRR müssen dringend konsequent umgesetzt werden. Der ÖRR muss digitaler und effizienter werden. Zur Erfüllung muss er auch dauerhaft alle gesellschaftlichen Gruppen erreichen, auch junge Nutzergruppen oder auch Menschen mit anderen kulturellen Hintergründen. Der Reformstaatsvertrag gibt wichtige

Hinweise, dass die öffentlich-rechtlichen Anstalten auch zur Interaktion mit seinem Publikum verpflichtet und für das digitale Zeitalter aufgestellt werden. Dieser Prozess muss zielgerichtet und schnell umgesetzt werden. Dazu sollten die Anstalten auch organisatorische Möglichkeiten – vor allem in der ARD – nutzen.

Wir begrüßen, dass eine gemeinsame öffentlich-rechtliche Plattform geschaffen werden soll, die mehr ist als nur die Mediatheken zu vernetzen. Ein sogenannter PUBLIC OPEN SPACE, eine öffentlich-rechtliche Kommunikations- und Streamingplattform mit Interaktionsmöglichkeiten, kann eine Antwort auch auf die Frage der Auffindbarkeit und der europäischen öffentlichen Identität sein. Wir bewerten es als positiv, dass die Erweiterung zu einer europäischen Plattform nunmehr angelegt wird und über die Europäisierung von ARTE+ und einem Verbund mit der EBU (European Broadcasting Union) gelingen kann. Ziel ist es, die Angebote in 24 Sprachen zu verbreiten.

Kultur – und Medienstandort Deutschland als Beitrag zur digitalen Souveränität Europas stärken

Ziel sozialdemokratischer Medienpolitik ist, Innovation und technologischen Fortschritt zu ermöglichen und zu fördern, Meinungs- sowie Medienvielfalt sowie die Refinanzierbarkeit journalistischer Angebote zu sichern und ein Level Playing Field für alle Akteure zu schaffen.

Wir begrüßen, dass gemäß dem Koalitionsvertrag eine Steuer für große Online-Plattformen, die Medieninhalte nutzen, geprüft werden soll. Wir wollen dies umsetzen. Ziel ist es, diese Steuer für den Medienstandort Deutschland und die Sicherung der Vielfalt einzusetzen, insbesondere für flächendeckende lokale und regionale Medienangebote. Diese Steuer soll ausschließlich auf Online-Plattformen und Online-Suchmaschinen mit erheblicher Reichweite erhoben werden. Als Steuer ausgestaltet, kann sie auch zur Refinanzierung von journalistisch-redaktionellen Angeboten genutzt werden.

Wir wollen zudem mit einer gesetzlichen Investitionsverpflichtung mit Rechterückbehalt dafür sorgen, dass die internationalen Streamingdienste einen festen Anteil ihrer in Deutschland erzielten Umsätze in deutsche und europäische Produktionen reinvestieren und die Rechte in Deutschland und nicht Übersee versteuert werden. Wir folgen damit dem Vorbild anderer europäischer Länder, die zeigen, dass verbindliche Investitionsregeln Wachstum, Vielfalt und Beschäftigung in der Filmwirtschaft sichern und stärken und einen wesentlichen Beitrag zur deutschen Kultur- und Medienlandschaft leisten können.